

KOMMENTARE

Von der Leyens Bluff

Dietrich Eickmeier
zum Streit um den Bildungschip

Eines ist sicher: Ab 1. Januar 2011 haben die 1,8 Millionen Kinder aus Hartz-IV-Familien einen einklagbaren Rechtsanspruch auf individuelle Förderung. So hat es das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich verlangt. Und das heißt, dass die Kosten der Kinder für Unterhalt und Teilhabe an Bildung nicht mehr pauschaliert, das heißt geschätzt werden dürfen, sondern unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Lebenssituation einzeln berechnet werden müssen. Ob diese Kinder diesen Anspruch aber ab Januar auch schon in Euro und Cent beziehungsweise Sachleistungen bekommen, steht noch in den Sternen. Denn die Politik, namentlich die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, tut sich bislang schwer, den Karlsruher Richterspruch in ein neues Gesetz zu gießen, das auf die Zustimmung der Länder angewiesen ist.

Denn die Ministerin hat ihre Hausaufgaben bisher nicht gemacht, die für die Hartz-IV-Korrektur nötigen Berechnungsgrundlagen liegen noch immer nicht vor. Statt die zunächst naheliegenden und vom Gericht verlangten Korrekturen anzugehen, produziert die CDU-Politikerin umso forscher Ideen, die viel weiter in die Zukunft reichen, aber plötzlich die öffentliche Debatte bestimmen. Dabei weiß sie nur zu gut, dass sie für den vor ihr geplanten Bildungschip erst einmal ein paar Modellversuche braucht, dass sie zudem die Frage, wer denn das alles finanziert, nicht beantworten kann. Wenn neben den Beziehern von Hartz IV auch Kinder aus Geringverdienere-Familien in den Genuss solcher Bildungschips kommen sollen, damit sie nicht diskriminiert werden, dann sind dafür Milliardenbeträge nötig, die es angesichts der angespannten Lage in den öffentlichen Kassen nicht gibt. Die 480 Mil-

lionen Euro, die von der Leyen 2011 zusätzlich in ihrem Etat dafür zur Verfügung hat, reichen gerade mal für eine Verbesserung der Hilfen für ein Hartz-IV-Kind von 23 Euro im Monat, also nicht einmal für ein kostenloses Mittagessen in der Schule.

Nein, wir brauchen keine neue Bürokratie, kein neues Bundesjugendamt in der Nürnberger Arbeitsagentur, wie sie Ursula von der Leyen mit Familienlotsen in den Jobcentern vorschwebt. Die von der Ministerin angezettelte Debatte ist eher ein großer Bluff, ein Ablenkungsmanöver von dem, was jetzt zu tun ist.

Es mag ja manchem einleuchtend klingen, dass sie erreichen will, dass ein Mehr an staatlichen Leistungen wie Schulbücher, kostenloses Schulmittagessen, Nachhilfeunterricht oder die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Aktivitäten bei den Kindern direkt ankommt und nicht von saufenden Müttern in Schnaps oder prügeln Vätern in Zigaretten umgesetzt wird. Aber spiegelt das das reale Bild einer Einkommens-Unterschicht wider? Diskriminiert eine solche Sicht nicht die Eltern und Alleinerziehenden unter den Hartz-IV-Beziehern, aber auch Eltern, die sich selbst viel versagen, um mit dem wenigen Geld ihre Kinder zu fördern? Jede Lehrerin kennt doch eine dieser Mütter.

Die Alternative zu von der Leyens Luftschlössern liegt dabei klar auf der Hand. Dieser Staat, also Bund, Länder und Gemeinden, müssen wieder das Prinzip der konkreten menschlichen Hilfe stärken. Das aber heißt, die Einrichtungen stärken, die dafür die besten Voraussetzungen haben, nämlich Jugendhilfe, Kindertagesstätten und Schulen. Wer Kinder aus Migranten- und sozial schwachen Familien wirklich fördern statt diskriminieren will, muss die Ganztagsbetreuung viel stärker ausbauen als bisher, muss mehr Förderkurse anbieten, um die Defizite auszugleichen. Dann braucht man hinterher auch keinen Gutscheine für Nachhilfestunden.
berlin@weser-kurier.de

Direkte Gespräche gibt es nicht

Ulrich W. Sahn
über die neuen Nahostverhandlungen

Andersonhalb Jahre blockten die Palästinenser direkte Gespräche mit Israel ab und stellten Bedingungen. Die israelische Regierung unter Benjamin Netanyahu musste erst mal öffentlich ihre Bereitschaft zur Zwei-Staaten-Lösung kundtun und akzeptierte lustlos einen befristeten Baustopp in Siedlungen außerhalb Jerusalems. Jetzt will Israel nur einer amerikanischen Einladung zur Erneuerung von Friedensgesprächen zustimmen, während die Palästinenser nur Beamte der zweiten Riege schicken wollen.

„Direkte Gespräche“ wollen offenbar nur die Amerikaner und die EU, nicht aber die Kontrahenten aus Nahost. Denn die wissen, dass nichts wesentlich Neues dabei herauskommen kann.

Die palästinensische Spaltung ist nicht überwunden. Präsident Mahmud Abbas kann keinen Vertrag unterzeichnen, der auch für den Gazastreifen bindend ist. Israels Regierung ist zu territorialen Konzessionen, wie die Palästinenser sie erwarten, innenpolitisch weder fähig noch bereit.

Für große Paukenschläge ist im Augenblick keine Seite zu haben. Die zu erwartenden Krisen bei offiziellen Verhandlungen – ob inszeniert oder echt –, um bei der arabischen Liga, den Amerikanern oder vor der Presse zu punkten, können aber die derzeitige relative Ruhe empfindlich stören.

Im Westjordanland sind die Palästinenser stillschweigend dabei, eine blühende Wirtschaft aufzubauen, ihre Polizei zu trainieren und „Recht und Ordnung“ durchzusetzen, wie es das noch nie gegeben hat. Die Kooperation der israelischen und palästinensischen Sicherheitskräfte funktioniert im Westjordanland besser als jemals seit der Einrichtung der Autonomiebehörde

1993. Die meisten Straßensperren sind verschwunden und die Mauer verhindert ein Eindringen von Terroristen nach Israel. Auch im Gazastreifen hat sich die Versorgungslage seit der Lockerung der israelischen Blockade spürbar verbessert.

Premierminister Siam Fayad und andere palästinensische Politiker halten Vorträge in Israel, treffen sich in Jerusalemer Hotels mit israelischen Ministern und Politikern. Offensichtlich reden sie dann auch miteinander und trinken nicht nur schweigend Kaffee. Die Lage hat sich so sehr beruhigt, dass neuerdings israelische Reiseleiter ihre Gruppen nach Bethlehem und Jericho wieder begleiten dürfen, was ihnen zehn Jahre lang wegen Lebensgefahr verboten war. Im Jerusalemer Stadtviertel Gilvo wird dieser Tage eine Schutzmauer abgebaut, die vor Jahren errichtet worden ist, um israelische Bürger vor Beschuss aus dem benachbarten Beth Dschala zu schützen.

Wenn also vor Ort die direkten Kontakte auf fast allen Ebenen so friedlich und freundschaftlich funktionieren, muss man sich fragen, was „direkte Gespräche“ im öffentlichen Rampenplan bringen können. Da Jammern in Nahost zum politischen Geschäft gehört, können die Palästinenser freilich nicht eingestehen, dass es ihnen eigentlich ganz gut geht, und die Israelis können nicht verkünden, dass der Terror leidend besiegt und verschwunden ist.

Während die Menschen in Bagdad auf der Straße sterben und Pakistan mit den schlimmen Folgen des Hochwassers kämpft, müssen wohl US-Präsident Barack Obama und EU-Politiker politischen Aktivismus in Nahost demonstrieren. Weder Israelis noch Palästinenser dürfen abwinken, weil sie sich sonst als Friedensverweigerer, Hardliner oder gar als Extremisten outen. Man kann nur hoffen, dass die bevorstehenden „Friedensgespräche“ Extremisten aller Seiten nicht wieder zu neuer Gewalt anspornen.
politik@weser-kurier.de



Politikforscher Weidenfeld beklagt fehlendes Teamwork in den Parteien, als Beispiel nennt er die SPD-Spitze mit Gabriel (r.) und Steinmeier. FOTO: AFP

„Eine Art Erosion der Politik“

Forscher Werner Weidenfeld kritisiert Spitzenpersonal und Parteien

Der Münchener Professor Werner Weidenfeld geht mit den deutschen Spitzenpolitikern hart ins Gericht. Er sieht bei den Politikern „egozentrische Profilierungsaktivitäten“, aber kaum Ideen für die Zukunft. Unser Korrespondent Ralf Müller hat mit dem Forscher gesprochen.

Herr Professor Weidenfeld, die Deutschen sind mit ihren Regierenden immer unzufriedener. Was steckt hinter dieser Frustration?

Werner Weidenfeld: Zum einen handelt es sich um eine fast traditionelle Kurvenbewegung von Zustimmung bis Distanzierung der Wähler, die auch in früheren Wahlperioden zu beobachten war. Darüber hinaus findet jedoch eine Art Erosion der Politik statt. Der Blick auf die Tiefendimension muss uns mit einer gewissen Besorgnis erfüllen. Oberflächlich kann es geradezu beglückend sein, wenn in einer Event-Gesellschaft pausenlos irgendetwas passiert: Der Bundespräsident tritt zurück, Ministerpräsidenten treten zurück, daneben Rente mit 67, Wehrpflicht, Atomenergie, neuer Regierungssprecher und so weiter – statt des früheren Sommerlochs geradezu ein politischer Festspielsommer.

Aber so leicht kann man das wohl nicht nehmen?

Wenn wir den Blick auf die Tiefendimension richten, wird klar, dass sich mehr in der Gesellschaft verändert. Die Distanz zwischen Bürger und politischer Klasse war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie so groß wie heute: Vertrauen in die Politik auf dem niedrigsten Stand, Bindewirkung der Parteien dramatisch geschrumpft, Wahlteilnahme im Sinkflug – das zeigt das empirische Datenmaterial.

Und woher kommt das?

Dahinter steckt so etwas wie eine politi-

sche Orientierungskrise. Die Politik ist situativ geworden. Im Vordergrund stehen pragmatische Problemlöser ohne Botschaft, ohne ein Bild der Zukunft. Daraus ergibt sich ein Erklärungsdefizit. Es fehlt aber nicht nur die Botschaft, sondern auch der Mannschaftsgeist, eine solche Perspektive zu realisieren. Im Moment dominiert eine Form egozentrischer Profilierungsaktivitäten. Sie finden den Mannschaftsgeist nicht einmal mehr innerhalb einer Partei. Das führt zu einer völlig verwirrenden Situation und zur Entfremdung der Bürger von der Politik.

Wer hätte es denn im Kreuz, die Menschen wieder für eine große Idee zu begeistern? Die Kanzlerin ja offensichtlich nicht. Der große Star ist ja derzeit Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg.

Die Kanzlerin ist eine Technikerin, der diese Art Denken in strategischen Botschaften abgeht. Das macht sie nicht zu einer schlechten Politikerin, aber die grundsätzliche Erosion der Republik hält sie mit dieser Machttechnik nicht auf. Guttenberg hat natürlich jetzt eine riesige Aufgabe mit der Bundeswehrreform, was ein Härtestest für ihn sein wird. Wenn Guttenberg ein Gesamtbild der sicherheitspolitischen Zukunft bietet, hat er eine Chance, das Erklärungsdefizit der Politik zu überwinden und eine Meisterprüfung abzuliefern. Aber bisher hat er auch nur Details zugerufen.

In Berlin gibt es eine Koalition, die beide Partner als Wunschkoalition bezeichnet haben und dennoch geht wenig zusammen. Woran liegt das?

Das ist eine Folge der Veränderung hin zu den egozentrischen Profilierungskämpfen, die jetzt das Strickmuster der Politik bestimmen. Das gilt ja nicht nur für die Koalition, sondern sogar für die Opposition, wo sich im Moment ein Kampf zwischen Sigmar Ga-

brüel und Frank-Walter Steinmeier abspielt. Das hat man früher alles in eine Art Teamgeist eingebunden, auch wenn man konzeptionell gegensätzlicher Auffassung war. Heute werden ihnen Indiskretionen aller Art, nach denen sie gar nicht gefragt haben, pausenlos zugetrieben. Deshalb stammt auch der Begriff „Wunschkoalition“ aus einer anderen Kategorie. Die Große Koalition von 2005 war keine Wunschkoalition, hat aber vergleichsweise gut kooperiert. Es ist also keine Frage von Wunsch oder Nichtwunsch.

Die Art, wie derzeit Politik gemacht wird, behagt den Menschen ganz offensichtlich nicht. Wie groß ist Ihre Hoffnung, dass man von den „egozentrischen Profilierungsaktivitäten“ wieder weggkommt?

Wenn die Politiker ihre Lernfähigkeit beweisen. Wieso sollte ein Politiker grundsätzlich unfähig sein, diese Problemlandschaft zu erkennen und eine Antwort darauf zu praktizieren? Diese Chance besteht immer. Alles kann wieder korrigiert werden. Deshalb ist auch der pausenlos ausgerufenen Satz falsch, dieses oder jenes sei alternativlos. Das ist eher ein Beleg der Ratlosigkeit. In der Politik haben Sie zu allem und jedem immer eine Alternative. Wir brauchen eine Strategie, die authentisch und zuverlässig umgesetzt wird. Die Politik darf nicht zusammenhanglos, sprunghaft, situativ agieren.



Zur Person
Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er wurde 2008 zur Nummer Eins der Politikberatung in Deutschland gewählt.

Ein Präsident sucht sein Profil

Christian Wulff hält die Kluft zwischen Bürgern und Politikern für eine Bedrohung der Demokratie

VON HARALD BAUMER

Berlin. Zum entspannten Essen ist der Bundespräsident an diesem Abend nicht gekommen. Aber so war das Ganze auch gar nicht gedacht. Denn er sollte ja mit möglichst vielen der 1500 Gäste bei der „Tafel der Demokratie“ am Brandenburger Tor ein kurzes Gespräch führen. Und das vertritt sich nicht besonders gut mit einem in Ruhe genossenen Drei-Gänge-Menü. Selbst wenn es aus dem benachbarten Hotel Adlon kommt und vom dortigen Küchenchef Oliver Barda zubereitet wurde.

Christian Wulff ist gerade mal seit 50 Tagen das Staatsoberhaupt der Deutschen. Und so langsam scheint er daran zu feilen, sein eigenes Präsidenten-Profil zu entwickeln. Es könnte deutlich anders ausfallen als das seines Vorgängers. Darauf ließ zumindest ein Interview schließen, in dem der Neue ausdrücklich um eine Versöhnung zwischen Politikern und Bürgern warb. Er will offensichtlich ein zerrüttetes Verhältnis kitten.

Horst Köhler war zurückgetreten, weil er den Respekt vor seinem Amt vermisste.

Wer ihm den Respekt verweigert hatte, das sagte er damals nicht. Er selbst hatte allerdings stets kräftig ausgeteilt gegenüber dem in Tagesgeschäft aktiven Politikern. Das hatte ihm viel Zustimmung aus der Bevölkerung eingebracht – die Menschen applaudieren ihm noch heute, wenn er irgendwo auftaucht.

Christian Wulff ist dieser Weg, sich beliebt zu machen, versperrt. Er war selbst viel zu lange Parteipolitiker (neun Jahre Oppositionsführer und sieben Jahre Ministerpräsident in Niedersachsen), um nun halbwegs glaubhaft über seinesgleichen wettern zu können. Aber vielleicht ist es ihm ja über die bloßen Worte hinaus ernst mit seinem Brückenschlag. Jedenfalls legte er sich im ARD-Morgenmagazin kräftig dafür ins Zeug.

„Es sei „wirklich viel zu tun“, sagte er, um „diese Gräben, die es da gibt, zu schließen“. Früher sei jemand auch schon mal gelobt worden dafür, dass er für ein politisches Amt kandidiere. Wulffs Diagnose der Gegenwart: „Heute begleitet auch die Politiker viel Häme, viel Spott und viel Misstrauen – mehr als früher, und das kann

nicht so bleiben.“ Denn Demokratie funktioniert nur, wenn jemand Verantwortung übernehmen könne, ohne gleich als Karriere-„verhöhn“ zu werden.

Ähnliches hatte übrigens auch Wulffs Gegenkandidat Joachim Gauck bei seiner „Bewerbungsrede“ im Deutschen Theater zu Berlin gesagt. Doch der hätte es als gewählter Präsident viel einfacher gehabt, den Bürgern ins Gewissen zu reden. Ihm wäre nicht ständig unterstellt worden, er verteidige im Wesentlichen sich selbst. Denn sein Leben war – zu großen Teilen in der DDR – weitab jeder Parteipolitik verlaufen.

Christian Wulff muss das Vertrauen vieler Deutscher erst erwerben. Was nicht gerade dadurch leichter wird, dass der 50-Jährige im Gegensatz zu Joachim Gauck etwas hölzerner, weniger authentisch wirkt. Er versucht, seine Zuhörer zu überzeugen, indem er die gemeinsame Sache betont: „Für dieses unser Land haben wir die Verantwortung; wir haben kein anderes Land, es ist unser Land, aus dem müssen wir gemeinsam etwas machen.“ Eine zweifellos richtige Bemerkung.

WESER KURIER

BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTEILICH

Bremer Tageszeitungen AG · Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteur: Lars Haider · Chefredaktion: Dr. Helge Matthiesen, Christian Wagner
Chefredakteur: Christine Kröger

Politik: Joerg Helge Wagner · Wirtschaft: Günther Hörbst · Bremen und Stadtteile: Günther Hörbst · Niedersachsen und Regionallitung: Peter Voith · Kultur: Dr. Hendrik Werner · Sport: Jürgen Beermann · Regionales: Wilfried Bendul, Antje Borstelmann, Michael Lambek, Harald Laube · Vermischtes, Reise und Wochenjournal: Andreas von Müllmann · Projektkoordination: Stefan Dammann · Büro Berlin: Dietrich Eickmeier · Büro Hannover: Peter Mlodoch

Anzeigen: MVB Medien Vermarktung Bremen GmbH · verantwortlich: Michael Sulenski, Werner Elberskirch.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 24,70 € einschließlich 7% USt. Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 64.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon 04 21 / 36 71 10

Telefax 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21 / 36 71 66 77

Telefax 04 21 / 36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr)

Telefon 0800 / 36 71 222*

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: Telefon 04 21 / 36 71 30

Telefax 04 21 / 32 83 27

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme: Telefon 04 21 / 36 71 66 55

Kleinanzeigen Telefax 04 21 / 36 71 10 10

Anzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 11 00

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de